
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1370. Plenarsitzung)**

1. Datum: Freitag, 22. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE**

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 3), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 4), Türkei (Anhang 5), Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Kanada (Anhang 7), Norwegen (Anhang 8), Schweiz (PC.DEL/596/22/Rev.1 OSCE+), Georgien (Anhang 9), Island (Anhang 10), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/20/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Die anhaltenden Verbrechen der Ukraine an der Zivilbevölkerung mit Unterstützung einer westlichen Allianz aus OSZE-Teilnehmerstaaten: Russische Föderation (Anhang 11) (PC.DEL/603/22), Frankreich – Europäische Union, Ukraine, Schweiz, Generalsekretärin, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 28. April 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat**

PC.JOUR/1370

22 April 2022

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir lehnen den vom Vorsitz vorgeschlagenen ersten Tagesordnungspunkt dieser Sondersitzung des Ständigen Rates erneut entschieden ab. Die hartnäckige Weigerung, die Interessen aller Teilnehmerstaaten zu berücksichtigen und strikt nach dieser Logik vorzugehen, ist befremdlich und enttäuschend.

Genau dazu sind Sie nämlich als Vorsitzender des Ständigen Rates nach den Bestimmungen des Ministerratsbeschlusses von Porto (Absatz 2 (b)) und der Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3) verpflichtet. Die vom polnischen Vorsitz geschürte Konfrontation ist inakzeptabel und widerspricht dem Wesen unserer Organisation. Wir fordern, dass für die Erörterungen ein Rahmen gewährleistet wird, in dem niemand diskriminiert wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

„Warum geschieht das alles?“

Das fragte sich die 91-jährige Wanda Objedkowa, als sie in einem Keller in Mariupol vor Kälte und Erschöpfung starb.

Im Alter von 10 Jahren überlebte Wanda Objedkowa den Einmarsch der Nazis, indem sie sich in einem Keller in Mariupol versteckte.

81 Jahre später starb die Holocaust-Überlebende nun in einem Keller in Mariupol als Opfer der russischen Invasoren.

So wie sie fand auch Borys Romantschenko den Tod, der vier Konzentrationslager der Nazis überlebt hatte und nun vor einem Monat das Leben verlor, nachdem russische Kräfte sein Wohnhaus in Charkiw beschossen hatten.

„Ich betete zu Gott, er möge mich schnell sterben lassen.“ So beschreibt die 17-jährige Marija, die mit ihrer Familie aus Mariupol fliehen konnte, ihre Gefühle, als sie sich in einem Keller ohne Essen versteckt hielt und als sie durch ein Filtrationslager geschleust wurde.

Ihr Vater verlor fast sein Augenlicht, als er in diesem Lager von den russischen Invasoren verprügelt wurde, und benötigt nun eine medizinische Langzeitbehandlung.

Mittlerweile fragen kleine Kinder ihre Eltern, ob sie nicht irgendwohin übersiedeln können, wo die Russen keine Bomben vom Himmel werfen.

Ich vermute, diese Frage stellte auch der 3-jährige Myron seinen Eltern, als er mit ihnen von Charkiw nach Lwiw flüchtete.

Den russischen Raketen, die am 18. April in Lwiw einschlugen, konnte er leider nicht entkommen.

Sieben Menschen wurden beim russischen Raketenangriff auf Lwiw getötet. Elf Menschen wurden verletzt, darunter der 3-jährige Myron.

In vielen derartigen Zeugenberichten spiegeln sich der Schmerz und das Leid wider, die durch den unprovokierten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht wurden.

Am orthodoxen Karfreitag sollten wir keine Diskussionen über Themen wie den Krieg in Russland und seine Folgen führen.

Doch Russland und die russischen Diplomaten haben einmal mehr ihr wahres Gesicht gezeigt, als sie vor einigen Tagen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Aufruf des Generalsekretärs zu einer humanitären Kriegspause in der orthodoxen Osterwoche zurückwiesen.

Es könnte keinen besseren Zeitpunkt für christliche Mitmenschlichkeit und für die Einrichtung humanitärer Korridore geben, um Leben zu retten und diesen ungerechten Krieg zu beenden.

Die russische Seite hat jedoch anders entschieden.

Was kann man von einem Land erwarten, in dem sogar die russisch-orthodoxe Kirche den Krieg in der Ukraine unterstützt?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen werden Mariupol, Awdijwka, Marjinka, Krasnohoriwka, Torezk, Welyka Nowosilka, Solote, Popasna, Izjum, Charkiw, Huljajpole, Mykolajiw, Wyssokopillja, Snihuriwka und Dutzende anderer Städte und Gemeinden im Osten und Süden der Ukraine von Russland angegriffen.

Dies sind die Orte, an denen sich das Schicksal unseres Volkes und unserer Freiheit entscheidet.

Die Intensität des Beschusses durch russische Truppen in Richtung Charkiw, im Donbass und in der Oblast Dnipropetrowsk hat deutlich zugenommen.

Gestern schlugen zwei Raketen in Saporischschja ein.

Die Russen nehmen Städte, kritische Infrastruktur und Wohngebiete ins Visier, um unsere Bevölkerung zu verunsichern. Russlands Vorgehensweise gleich nicht nur der eines terroristischen Staats, sie *ist* die eines terroristischen Staats.

Die sogenannte russische Armee wird als die barbarischste und unmenschlichste Armee der Welt in die Geschichte eingehen.

Gleichzeitig unternimmt die Russische Föderation Schritte, um ihre Kontrolle über die neu besetzten Gebiete zu festigen.

Berichten zufolge trifft Russland Vorbereitungen für ein Scheinreferendum Ende April oder Anfang Mai, um die Besetzung der Region Cherson zu legitimieren.

Da es jedoch an der entsprechenden Unterstützung durch die Bevölkerung mangelt, entführen russische Soldaten weiterhin Vertreterinnen und Vertreter lokaler Behörden.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft von Cherson halten die russischen Streitkräfte zurzeit 137 Personen als Geiseln fest, darunter vier Journalisten.

Dabei gehen sie nach einem Schema vor, das schon auf der Krim erprobt und praktisch umgesetzt wurde: Andersdenkende werden konsequent verfolgt.

Erst kürzlich, am 19. April, verurteilte ein russisches sogenanntes „Gericht“, den ukrainischen Staatsbürger Emil Sijadinow zu 17 Jahren Haft.

Derartige repressive Kampagnen gegen Krimtataren zielen darauf ab, die Identität dieses Volkes zu zerstören – sie sind ein Verstoß gegen den Beschluss des Internationalen Gerichtshofs, der genau fünf Jahre vor diesem Urteil, am 19. April 2017, gefasst wurde.

Besonders besorgt sind wir auch über die wachsende Zahl von Fällen widerrechtlicher Inhaftierung und Verfolgung des nationalen Personals der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), das sich derzeit in den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten aufhält.

So terrorisiert also ein bestimmter Teilnehmerstaat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSZE, unserer eigenen Organisation.

Dies stellt nicht nur die Sicherheit und den Schutz des nationalen Personals der SMM in Frage, sondern untergräbt auch das Konzept der OSZE-Feldmissionen im Allgemeinen.

Wir müssen sorgfältig prüfen, welche Rolle dabei das russische Personal im Sekretariat und in der SMM sowie die russischen Diplomaten gespielt haben.

Wenn wir jetzt schweigen oder zögern, Forderungen zu stellen, wird Russland dies als Freibrief verstehen und das Personal der OSZE und anderer internationaler Organisationen weiterhin so behandeln. Und nicht nur in der Ukraine.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

gestern sprach Wladimir Putin von einem Sieg in Mariupol.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir folgende Frage: Warum greift das russische Militär weiterhin Asowstal an, obwohl sein Präsident den klaren Befehl erteilt hat, den Beschuss einzustellen?

Heißt das, dass der russische Präsident die Kontrolle über seine eigene Armee verloren hat? Oder wollte Putin uns nur einen Streich spielen, wie er es gerne tut, um unsere Aufmerksamkeit abzulenken?

Ungeachtet des Kalküls des Kremls kämpft die ukrainische Armee in der belagerten Stadt Mariupol weiter, die nach den schweren Bombardierungen durch die russischen Streitkräfte nun in Trümmern liegt.

Wladimir Putin bezeichnete das russische Vorgehen in Mariupol als „Erfolg“.

Dieser „Erfolg“ bedeutet, dass eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht und dass Tausende von Bürgerinnen und Bürgern getötet und gefoltert wurden. Erst gestern wurde anhand von Satellitenbildern in Mangusch, einem Vorort von Mariupol, ein 300 Meter langes Massengrab entdeckt.

Ich möchte Sie auch ersuchen, zwei Bilder miteinander zu vergleichen:

Das von Donezk, das gemäß der lügnerischen Behauptung der russischen Diplomaten acht Jahre lang „beschossen“ wurde.

Und das von Mariupol, der Stadt, die von der so genannten russischen Armee innerhalb von acht Wochen völlig zerstört wurde.

Es gibt einen klaren Unterschied.

Wladimir Putin bezeichnete auch russische Militärs, die Tausende unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten getötet und eine friedliche Stadt zerstört haben, als „Helden“ und schlug vor, ihnen Auszeichnungen zu verleihen.

Ich habe eine Frage an diejenigen, die hier Putins Regime vertreten: wen wollen Sie auszeichnen?

Dachte Putin dabei an Generalleutnant Sergej Iwanowitsch Kobilasch, den Befehlshaber der russischen Luftstreitkräfte? Unter seinem Kommando haben russische Piloten dicht besiedelte Teile von Mariupol bombardiert.

Oder wollen Sie die Piloten würdigen, die das Schauspielhaus, das Kinderkrankenhaus und die Entbindungsklinik in Mariupol bombardiert haben?

Waren sie „herausragend und vorbildlich“ genug, um ausgezeichnet zu werden, wie es Schoigu von Ihrem Staatsoberhaupt aufgetragen wurde?

Darüber hinaus hat Wladimir Putin in dieser Woche der 64. motorisierten Schützenbrigade der russischen Armee den Ehrenstatus als „Garde“ verliehen. Dabei handelt es sich um die berüchtigte Brigade, die in Butscha stationiert war, wo russische Soldaten ein Blutbad unter der Zivilbevölkerung anrichteten.

Während sich die Ukraine um Gerechtigkeit für die Opfer bemüht, dankte Putin der „Garde“ der 64. motorisierten Schützenbrigade für ihren „Heldenmut, mit dem sie ihr Vaterland, die Souveränität Russlands und seine nationalen Interessen verteidigen“. Schande über ihn, Schande über sie!

Denn damit gibt Putin grünes Licht für weitere Massentötungen durch seine Armee.

Ein weiterer Grund, warum Russland daran gehindert werden muss, neue Kriegsverbrechen zu begehen.

Moskau muss mit Konsequenzen in Form von verschärften Sanktionen und weiterer Isolation rechnen, wenn wir die ukrainischen Städte retten wollen, insbesondere Mariupol, wo Hunderte von Zivilistinnen und Zivilisten, Kinder und Verletzte der ukrainischen Verteidigungskräfte in Schutzräumen festsitzen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als das russische Flaggschiff „Moskwa“ unterging, nachdem es von ukrainischen „Neptun“-Raketen getroffen worden war, beobachteten viele, dass die Länge dieses Kriegsschiffes mit der der Schiffe einer anderen russischen Flotte vergleichbar war, nämlich der Jachten von Putins Freunden.

Dieser unkontrollierte Zugang zu Luxus ist für die Grundfesten von Putins Regime charakteristisch, zu denen unter anderem das Fehlen von Kontrolle, das Fehlen von Rechenschaftspflicht und die Loyalität einem einzigen Mann gegenüber zählen.

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg besteht in der Erkenntnis, dass die Hauptmerkmale des Vorgehens aller Kriegstreiber die Zersetzung der Demokratie, die Zerstörung des Parlamentarismus und die Verletzung der Grundfreiheiten sind.

Durch all das erhält ein einziger Mann unkontrollierte Macht.

Bedauerlicherweise wiederholt sich die Geschichte derzeit.

Wir haben den Zeitpunkt verpasst, als die Verherrlichung sowjetischer Verbrecher und der sowjetischen Vergangenheit in Russland zu einer neuen Religion wurde.

Wir haben den Zeitpunkt verpasst, als Russland begann, seine Teilnahme an der OSZE nur noch zu nutzen, um seinen aggressiven außenpolitischen Kurs und seine repressive Innenpolitik zu rechtfertigen.

Und wir haben den Zeitpunkt verpasst, als Putins Regime die rote Linie überschritten und Krieg über Europa gebracht hat.

Wir müssen diese Fehler korrigieren – für unser gemeinsames Haus und für die OSZE selbst.

Und die Russinnen und Russen müssen sich der Wahrheit stellen und ihre Verantwortung für das, was sie der Ukraine angetan haben, anerkennen – und für das, was sie ihrem eigenen Land angetan haben, indem sie zuließen, dass das derzeitige Regime zu einer Plattform für eine totalitäre und aggressive Ideologie wurde.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Als Russland seinen unprovokierten Krieg gegen die Ukraine begann, bestand sein blindwütiges und unrechtmäßiges Ziel darin, die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu zerstören und die Ukraine zu unterwerfen. Zwei Monate später sind Präsident Selenskyj und seine Regierung nicht nur weiterhin an der Macht, sie haben auch die russischen Angriffe auf Kyjiw und Charkiw zurückgeschlagen und dabei viele der von den russischen Streitkräften begangenen Gräueltaten aufgedeckt.

Der Versuch des Kremls, die Ukraine unter seine Kontrolle zu bringen, ist in jeder Hinsicht ein Misserfolg. Russland könnte heute diese offenkundige Wahrheit anerkennen und den von ihm begonnenen Krieg beenden. Der Kreml könnte heute die offenkundige Wahrheit akzeptieren, dass das ukrainische Volk in seiner unbezwingbaren Stärke und Einigkeit bei der Verteidigung der Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie seines Landes gegen die Unterwerfung durch eine autokratische Diktatur niemals von Russland besiegt werden wird. Russland könnte heute damit beginnen, die Verantwortung für die Kriegsverbrechen zu übernehmen, die Mitglieder seiner Streitkräfte in der Ukraine begangen haben, sowie für die unermessliche humanitäre Krise, die es mit der Bombardierung ukrainischer Städte und kritischer Infrastruktur verursacht hat. Russland hat bisher nichts von all dem getan.

Anstatt seinen unprovokierten und brutalen Krieg zu beenden – und damit nicht nur dem ukrainischen Volk, sondern auch den eigenen Streitkräften weitere unnötige Todesopfer zu ersparen – leitete der Kreml diese Woche eine neue Offensive in der Ostukraine ein. Russland hat seine barbarische Zerstörung von Mariupol fortgesetzt und unzählige Ziele in der gesamten Ukraine bombardiert, darunter auch in Lwiw, wo eine russische Rakete Hunderte von Kilometern vom Kampfgeschehen entfernt in einer Autowerkstatt einschlug und dabei sieben Zivilpersonen tötete, die gerade gemeinsam vor der Arbeit einen Kaffee tranken. Und anstatt die Befehlshaber für die Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, hat Präsident Putin die für das Massaker in Butscha verantwortliche Brigade mit militärischen Ehren ausgezeichnet.

Heute sind rund 100 000 Zivilistinnen und Zivilisten in Mariupol ohne Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser oder Medikamenten eingeschlossen. Trotzdem wurden am

18. April russische Überschallbomber für den Abwurf von un gelenkten Bomben auf die Stadt eingesetzt. Russland hat die Bitte der ukrainischen Kämpfer im Stahlwerk Asowstal abgelehnt, einen humanitären Korridor zur Evakuierung der Zivilbevölkerung einzurichten, ebenso wie die russischen Streitkräfte in Mariupol und anderswo sich wiederholt geweigert haben, den Vereinbarungen über humanitäre Korridore zuzustimmen. Am Dienstag lehnte Russland noch dazu die Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nach einer Waffenruhe, um die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu ermöglichen, ab.

Nach den Angaben des Leiters der regionalen Militärverwaltung starben bisher an die 22 000 Zivilpersonen, die im Zuge der russischen Belagerung von Mariupol eingeschlossen waren. Der Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, berichtet, dass die russischen Streitkräfte bis zu 40 000 Zivilistinnen und Zivilisten gewaltsam nach Russland verschleppt haben. Dem Büro des Bürgermeisters zufolge haben die russischen Streitkräfte viele der Verschleppten durch vier sogenannte Filtrationslager geschleust, die an verschiedenen Orten der ganzen Stadt eingerichtet worden waren. Die lokalen Behörden schätzen, dass bis zu 27 000 Menschen in diesen Lagern festgehalten werden. Das Büro des Bürgermeisters berichtet ferner, dass die russischen Streitkräfte beabsichtigen, alle verbliebenen Einwohnerinnen und Einwohner einem Filtrationsprozess zu unterziehen und diejenigen, die die Überprüfung bestehen, in den von Russland kontrollierten Teil von Donezk zu bringen, wo einige anschließend zwangsrekrutiert werden sollen. Das Büro des Bürgermeisters berichtet, dass von der Bevölkerung Mariupols, die bisher den russischen Filtrationsprozess durchlaufen hat, 5 bis 10 Prozent die Überprüfung nicht bestanden hat, und dass nicht bekannt ist, was aus diesen Menschen geworden ist.

Der Kreml hat offen seine Absicht erklärt, die Ostukraine zu erobern, und die Entwicklungen vor Ort lassen kaum Zweifel daran aufkommen, dass wir derzeit die Anfänge einer groß angelegten Offensive der russischen Streitkräfte im Donbass erleben. Alles deutet darauf hin, dass sich die Dynamik des Kampfgeschehens bald von Gefechten im Nahbereich auf Langstreckenfeuer verlagern wird, bei denen Artillerie- und Mehrfachraketenysteme entscheidend sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ukraine braucht dringend moderne Waffen und Munition, um sich in dieser neuen und mörderischen Phase des Konflikts zu verteidigen. Sie braucht diese Waffen und Munition jetzt, und zwar so schnell wie nur irgendwie möglich. Keine langfristig ausgehandelten Verträge über den Kauf von Waffen, sondern die unverzügliche Bereitstellung fortschrittlicher Fähigkeiten zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Schrecken dieses Krieges. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um unsere Unterstützung für die Ukraine zu intensivieren.

Gestern kündigte Präsident Biden weitere 800 Millionen US-Dollar Sicherheitshilfe an, die die konkreten ukrainischen Bedürfnisse, darunter auch schwere Waffen wie Haubitzen, abdecken soll. Die Vereinigten Staaten haben seit dem Beginn der Amtszeit von Präsident Biden der Ukraine mehr als 4 Milliarden US-Dollar an Sicherheitshilfe zugesagt, davon etwa 3,4 Milliarden US-Dollar seit Beginn der unprovokierten russischen Invasion am 24. Februar. Die Vereinigten Staaten arbeiten auch weiterhin mit ihren Verbündeten und Partnern zusammen, um die Ukraine mit zusätzlichen Fähigkeiten auszustatten. Wir müssen rasch und gemeinsam handeln, um die Ukraine unverzüglich mit den nötigen Fähigkeiten auszustatten, damit sie ihre Zivilbevölkerung vor den Schrecken dieses Krieges – vor Gräueltaten wie denen in Butscha, Hostomel und Borodjanka – schützen kann.

Es ist ein Kampf für Souveränität und gegen Unterdrückung, für Unabhängigkeit und gegen Imperialismus, für die Prinzipien des Völkerrechts und gegen die brutale Gewalt einer räuberischen Macht. Unsere Aufgabe ist es, im entscheidenden Moment zu handeln und die Ukraine mit den erforderlichen Fähigkeiten auszustatten. Für die Ukraine und für uns alle steht viel auf dem Spiel. Ich appelliere hier an uns alle, die eigenen Regierungen dazu aufzufordern, sich der Herausforderung zu stellen und zu handeln. Wir dürfen keine Zeit verlieren.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union dankt dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates vor dem Hintergrund des fortgesetzten brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, und grundlegender OSZE-Prinzipien. Es ist zutiefst bedauerlich, dass Russland trotz aller Verurteilungen durch die internationale Gemeinschaft und trotz der Aufforderungen an Russland, den Krieg zu beenden, seine Aggression fortsetzt.

Die Ukraine erlebt derzeit die intensivsten Raketenangriffe der Russischen Föderation seit Wochen, und in der Ost- und Südukraine wurde eine Reihe von Landoffensiven gestartet. Darunter sind besonders brutale Angriffe auf Städte wie Sjewjerodonezk, Lyssytschansk und Popasna, wo die russischen Streitkräfte mit schwerer Artillerie, Mehrfachraketenwerfern und Raketen die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur unter Beschuss nehmen. Die Stadt Charkiw und ihre Vororte werden fortlaufend beschossen, und Berichten zufolge wird dort Streumunition eingesetzt. Es wird von Raketenangriffen auf Odessa, Mykolajiw und Ternopil berichtet, die offenbar auch zivile Objekte und Infrastruktur sowie Treibstofflager und Industrieanlagen zum Ziel hatten. Die Angriffe auf Lwiw und andere Städte in der Westukraine zeigen, dass kein Teil des Landes verschont bleibt. Die Region Saporischschja wird weiterhin angegriffen und Mariupol weiterhin belagert, wo es ständig zu schweren Kämpfen und intensivem Beschuss kommt und wo mehr als 100 000 Menschen in der Stadt zurückgeblieben sind. Mit Entsetzen erinnern wir uns an den Beschuss des Bahnhofs von Kramatorsk, bei der über 50 Zivilistinnen und Zivilisten, darunter fünf Kinder, ums Leben kamen, und an die schrecklichen Massaker, die die russischen Streitkräfte in Butscha, Borodjanka, Irpin, Hostomel und anderen Orten begangen haben. Putins Auszeichnung der russischen Brigade, die der Gräueltaten in Butscha beschuldigt wird, zeigt allerdings, dass das Foltern, die Vergewaltigung und das Töten unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, einschließlich von Kindern, im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vorsätzliche und gezielte Handlungen darstellen. Diese Verbrechen dürfen niemals wiederholt werden. Das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte müssen in vollem Umfang geachtet werden.

Die Europäische Union verurteilt den vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen und sein Gerät aus dem gesamten Gebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, abzieht. Wir bekräftigen auch unsere Aufforderung an den Mitaggressor Belarus, den russischen Angriffskrieg nicht länger zu unterstützen und seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, in erster Linie in Mariupol, aber auch in anderen Städten der Ukraine, den raschen und ungehinderten Zugang für die Bereitstellung humanitärer Hilfe an die Zivilbevölkerung zu erleichtern und sichere Wege für deren Evakuierung in andere Teile der Ukraine zu schaffen.

Die Europäische Union unterstützt die Bemühungen internationaler Gremien, so auch der OSZE, bei der Sammlung von Beweisen und der Dokumentation der in diesem Krieg verübten Gräueltaten und begrüßt den diesbezüglichen unermüdlichen Einsatz und Beitrag der Zivilgesellschaft sowie von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern. Wir waren dankbar für den Bericht, der letzte Woche dem Ständigen Rat im Rahmen des Moskauer Mechanismus vorgelegt wurde. Dieser Bericht schilderte die erschütternde und verheerende Tatsache, dass es bei den Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und den groben und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die russischen Streitkräfte eindeutige Muster gibt. Menschenrechte, darunter das Recht auf Leben sowie das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe, wurden in den Gebieten, die effektiv von Russland kontrolliert werden, oder in den Verwaltungseinheiten, die unter der Gesamtkontrolle Russlands stehen, auf eklatante Weise in großem Umfang oder systematisch verletzt. Dem Bericht zufolge sind diese Verletzungen höchstwahrscheinlich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen. Eines ist ganz klar: Wir werden keine Mühe scheuen, um diejenigen, die für diese Verstöße gegen das Völkerrecht verantwortlich sind, sowie deren Handlanger vor Ort für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir verurteilen nachdrücklich die Versuche Russlands, in Cherson, Mariupol und in anderen Städten der Ukraine widerrechtliche alternative Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Dabei wird eindeutig nach dem gleichen Schema vorgegangen wie bei der rechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 und der Anerkennung der unrechtmäßigen Entitäten in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. Jedwede Versuche Russlands, sogenannte „Referenden“ mit vorgehaltener Waffe durchzuführen, um neue „Volksrepubliken“ auszurufen, sind rechtswidrig und sinnlos und werden von uns nicht anerkannt werden. Wir fordern Russland auf, die Souveränität und territoriale Integrität all seiner Nachbarn innerhalb deren international anerkannten Grenzen samt ihrer Hoheitsgewässer zu achten.

Darüber hinaus versucht Russland, den Informationsraum für sich zu vereinnahmen und ihn mit Desinformation zu überschwemmen, um von seiner Schuld an den Gräueltaten an friedlichen Zivilistinnen und Zivilisten abzulenken und die Beweise für mögliche russische Kriegsverbrechen zu verschleiern. Die staatlich kontrollierten Nachrichtenagenturen Russlands sowie ein koordiniertes Netz russischer Propagandakanäle versuchen mit allen Mitteln, die Schuld auf die Ukraine zu schieben. In diesem Zusammenhang verurteilen wir auch die Repressionen Russlands gegen unabhängige Stimmen im eigenen Land, die die Wahrheit über Putins Krieg gegen die Ukraine aussprechen. Das muss aufhören. Russland muss unverzüglich alle, die bei friedlichen Protesten verhaftet wurden, sowie alle, die

aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen inhaftiert wurden, einschließlich aller Medienschaffenden, freilassen.

Die Europäische Union zollt dem ukrainischen Volk Anerkennung für seine bewundernswerte Stärke, seinen Mut und seine Widerstandskraft, die es Russlands unrechtmäßigem Krieg entgegensetzt, und steht in unverbrüchlicher Solidarität an seiner Seite. Die Ukraine hat wie jeder souveräne Staat das naturgegebene Recht, über ihre eigene Zukunft und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die Ukraine unter anderem mit humanitärer, medizinischer und finanzieller Hilfe sowie mit Unterkünften für die Kriegsflüchtlinge. In diesen dunklen Stunden stehen wir dem ukrainischen Volk und den Vertreterinnen und Vertretern seiner demokratisch gewählten Institutionen zur Seite. Wie der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel bei seinem Besuch in Kyjiw Anfang der Woche betonte, werden wir alles uns Mögliche tun, um die Ukraine zu unterstützen und sicherzustellen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien und Montenegro nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

leider dauert der verheerende Krieg, der im Herzen des europäischen Kontinents ausgebrochen ist, trotz aller Bemühungen, das Blutvergießen zu stoppen, weiterhin an. Dieser Krieg erinnert uns einmal mehr daran, dass Frieden nichts Selbstverständliches ist und dass wir uns aktiv und engagiert darum bemühen müssen, ihn zu wahren.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Tod und Verwüstung im ganzen Land verursacht, mit weitreichenden Auswirkungen auf den gesamten Globus.

Wir sehen, dass die humanitären Kosten des Kriegs tagtäglich steigen und dass vor allem die ukrainische Zivilbevölkerung unter seinen Auswirkungen leidet. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen sind mehr als 11 Millionen Menschen, davon 90 Prozent Kinder und Frauen, entweder innerhalb der Ukraine oder als Flüchtlinge ins Ausland vertrieben worden, was etwa einem Viertel der Bevölkerung entspricht. Fünf Millionen Menschen sind in Nachbarländer geflohen, während vermutlich weitere 6,5 Millionen innerhalb des vom Krieg zerrissenen Landes vertrieben wurden. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass mehr als 13 Millionen Menschen im ganzen Land dringend humanitäre Hilfe brauchen.

Es ist wichtig, durch konzertierte Anstrengungen zu verhindern, dass die Rechte all jener Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, beschnitten oder verletzt werden.

Wir müssen begreifen, dass dies nicht bloße Zahlen sind, sondern dass sie für den Schmerz und das Leid des ukrainischen Volkes, insbesondere der Kinder, stehen. All das ist nicht hinnehmbar. Wir teilen den Schmerz des ukrainischen Volkes.

Herr Vorsitzender,

eine dauerhafte Waffenruhe in der Ukraine sowie eine politische Lösung für die anhaltende menschliche Tragödie sind dringend notwendig.

Die jüngsten Angriffe Russlands auf die Ukraine erschweren die Aussichten auf eine diplomatische Lösung. Aber auch unter diesen schwierigen Bedingungen sollte niemand den Verhandlungstisch verlassen. Die Alternative zu einer Lösung auf dem Verhandlungsweg ist ein Langzeitkrieg, der immer schwieriger einzudämmen sein wird.

In diesem Sinne haben wir uns aktiv für die Vermittlung diplomatischer Gespräche und die Linderung der tragischen humanitären Folgen dieses Krieges eingesetzt. Und wiederholen daher unsere Forderung nach einer Fortsetzung der laufenden Verhandlungen. Die bedeutsame Dynamik des Istanbul-Treffens sollte beibehalten werden und die Bemühungen um eine friedliche Lösung müssen maximiert werden. In diesem Zusammenhang wird mein Land weiterhin jede Art von Unterstützung für die sofortige Herstellung einer Waffenruhe leisten, die den Weg zu einem dauerhaften Frieden ebnet.

Herr Vorsitzender,

die humanitäre Lage hat oberste Priorität für uns. Es ist enorm wichtig, dass eine humanitäre Waffenruhe sichergestellt und humanitäre Korridore eingerichtet werden. Darüber hinaus messen wir der Evakuierung der Zivilbevölkerung und der Bereitstellung humanitärer Hilfe große Bedeutung bei. Mariupol ist dabei der dringendste Fall.

Wir werden auch weiterhin diesbezüglich unseren Beitrag leisten.

Herr Vorsitzender,

wir möchten erneut betonen, wie wichtig es ist, mit gesundem Menschenverstand zu agieren und den Dialog aufrechtzuerhalten.

Lassen Sie uns auch nochmals betonen, dass wir den fortgesetzten Angriff auf die Ukraine nicht hinnehmen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Wir werden weiterhin aufrichtig zu allen Bemühungen beitragen, die in irgendeiner Form auf einen friedlichen Ausweg aus dieser Situation abzielen. Unser Ziel war es stets, Frieden, Stabilität und Wohlstand in dieser Region zu sichern. Wir werden alle Mittel einsetzen, um den Weg für den Frieden zu ebnet, und dabei alle uns zur Verfügung stehenden Kanäle nutzen.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Seit dem 24. Februar sieht die Welt die Verwüstung, die der Krieg von Präsident Putin in der Ukraine angerichtet hat. Tausende Zivilistinnen und Zivilisten wurden getötet. Millionen von Menschen bedürfen humanitärer Hilfe. Fünfundzwanzig Prozent der Ukrainer waren bisher gezwungen, aus ihren Heimstätten zu fliehen. Krankenhäuser, Schulen und andere kritische Infrastruktureinrichtungen wurden bombardiert und damit ausgerechnet die Schutzbedürftigsten ins Visier genommen.

Während Russland eine neue Offensive in der Ostukraine startet, wird die Zivilbevölkerung weiter leiden. Dies gilt auch für die Stadt Mariupol, die vor der Invasion mehr als 400 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählte, von denen Hunderttausende russischsprachig waren, und das ein Zentrum des ukrainischen Getreidehandels und Schwermaschinenbaus war. Russlands Versuche, die Stadt einzunehmen, haben unter der Bevölkerung bereits entsetzliche Verluste verursacht. Der Bürgermeister von Mariupol schätzt, dass seit Beginn der Invasion mehr als 20 000 Zivilistinnen und Zivilisten in der Stadt getötet und große Teile der Infrastruktur zerstört wurden. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer wurden gegen ihren Willen nach Russland oder in von Russland kontrollierte Regionen der Ukraine verschleppt. Und es gibt schockierende Berichte darüber, dass der Zivilbevölkerung – Männern, Frauen und Kindern – der Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung verwehrt wird. Wie kann Russland auch nur versuchen, dies zu rechtfertigen? Das Vereinigte Königreich schließt sich der Forderung nach einer dringenden humanitären Kriegspause an, damit die Zivilbevölkerung in den am stärksten betroffenen Gebieten Hilfe erhalten kann und es möglich ist, sie sicher und ungehindert zu evakuieren.

Angesichts dieses ungeheuren Leids ist die russische Regierung bei ihren offenkundigen Lügengeschichten geblieben und leugnet weiterhin die Verantwortung für diese Todesfälle. So wurde wiederholt erklärt, dass keine zivile Infrastruktur ins Visier genommen werden würde, und doch wurden erbarmungslos Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser angegriffen. Es wurde erklärt, die Zivilbevölkerung würde geschont werden. Und doch gibt es deutliche Hinweise darauf, dass möglicherweise Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden, wie auch im Bericht nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE dokumentiert wurde, den wir letzte Woche im Rat erörtert haben.

Die russische Regierung hat sich nicht damit begnügt, Fehlinformationen zu verbreiten, sondern auch versucht, diejenigen, die die Wahrheit berichten, in ihren Bemühungen zu behindern, unter anderem durch ihre Ablehnung einer Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Nun liegen uns alarmierende Berichte vor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ausrüstung und Räumlichkeiten der Mission von den russischen Handlangern im Donbass bedroht werden und dass Mitarbeiter der SMM von russischen Kräften gefangen genommen wurden. Wir verurteilen diese Drohungen gegen die Mission und ihr engagiertes Personal auf das Allerschärfste. Wir fordern die Freilassung der Mitarbeiter der SMM sowie aller Ukrainerinnen und Ukrainer, die von russischen Militärangehörigen festgenommen wurden.

Lassen Sie uns etwas klarstellen: Die Welt durchschaut die Lügen des Kremls. Das wahre Ausmaß der russischen Aktionen in Mariupol und in der übrigen Ukraine wird sich erst noch herausstellen, aber es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass Russland für diese und künftige Verstöße gegen freiwillig von ihm eingegangene völkerrechtliche Verpflichtungen, einschließlich der Schlussakte von Helsinki, zur Rechenschaft gezogen werden wird. Diejenigen, die Gräueltaten begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Der Kreml muss für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen werden. Der Bericht des Moskauer Mechanismus, der erste unabhängige Bericht unter der Schirmherrschaft einer internationalen Organisation, war wichtig und hat unsere Befürchtungen bestätigt. Wir werden keine Mühen scheuen, um die derzeit laufende Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs zu möglichen Kriegsverbrechen in der Ukraine sowie gegebenenfalls andere internationale Ermittlungen zu unterstützen.

Herr Vorsitzender,

wir werden weiterhin alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um sicherzustellen, dass Präsident Putin mit seinem unprovokierten, vorsätzlichen und ungerechtfertigten Krieg scheitert. Gestern haben wir neue Sanktionen gegen wichtige Führungskräfte der russischen Armee – speziell gegen diejenigen, die an vorderster Front Befehle zu Gräueltaten erteilen – und gegen Personen bekannt gegeben, die zwar nicht Angehörige von Putins Militär sind, aber seine rechtswidrige Invasion in der Ukraine aktiv unterstützen. Am 13. April kündigten wir in Abstimmung mit der Europäischen Union Sanktionen gegen 178 Personen an, die sich für die von Russland unterstützten illegalen abtrünnigen Regionen der Ukraine einsetzen. Darüber hinaus erließ das Vereinigte Königreich am 14. April ein Ausfuhrverbot für wichtige Öltraffinerieausrüstungen und Katalysatoren, wodurch die Möglichkeiten Russlands zur Förderung und Ausfuhr von Erdölprodukten eingeschränkt werden.

Wir werden der Ukraine auch weiterhin helfen, sich selbst zu verteidigen. Das Vereinigte Königreich hat seine militärische Unterstützung in Form von letaler und nicht-letaler Ausrüstung aufgestockt, so dass sich der Gesamtbetrag bisher auf 450 Millionen Pfund beläuft. Zur Verteidigung ihrer Souveränität werden wir auf Ersuchen der ukrainischen Regierung weiterhin mehr Verteidigungsausrüstung bereitstellen und erforderlichenfalls auch Schulungen für die Ausrüstung anbieten, die wir den ukrainischen Streitkräften zur Verfügung gestellt haben.

Herr Vorsitzender,

die Ukraine kämpft für das Recht ihrer Bürgerinnen und Bürger auf ein friedliches Leben im eigenen Land. Das Vereinigte Königreich steht an der Seite der Ukraine und wird stets das Recht des ukrainischen Volkes verteidigen, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Wir arbeiten zusammen mit unseren internationalen Partnern an einer langfristigen Sicherheitslösung, damit die Ukraine nie wieder auf diese Weise angegriffen werden kann. Die Ukraine hat Frieden verdient.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Angesichts der verstärkten Militäroperationen der russischen Streitkräfte gegen die Bevölkerung von Donezk, Luhansk und Saporischschja sowie der anhaltenden Raketenangriffe und des Beschusses auf Lwiw, Charkiw und Mykolajiw fordert Kanada die Russische Föderation auf, ihre rechtswidrigen Angriffe gegen Zivilpersonen und zivile Objekte zu beenden und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die im Bericht nach dem Moskauer Mechanismus festgestellten, nach eindeutigen Mustern ablaufenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht einzustellen.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, der Aufforderung der Ukraine zu Verhandlungen nachzukommen und die sichere Durchfahrt durch humanitäre Korridore für aus dem belagerten Mariupol flüchtende Zivilistinnen und Zivilisten zu gewährleisten, wo die Lage weiterhin kritisch ist. Russland ist verpflichtet, die rasche und ungehinderte Beförderung humanitärer Hilfsgüter für bedürftige Zivilpersonen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Herr Vorsitzender,

der rechtswidrige und ungerechtfertigte Krieg, den Putin in der Ukraine führt, ist grausam und verstößt gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands. Kanada ist zunehmend beunruhigt über die Anschuldigungen und Berichte, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt – Vergewaltigung – in diesem Krieg als Waffe eingesetzt wird.

Der Bericht nach dem Moskauer Mechanismus dokumentiert Vorwürfe von Vergewaltigungen, darunter Gruppenvergewaltigungen, die von russischen Soldaten in vielen Regionen der Ukraine begangen wurden.

Auch aus einer Reihe anderer Berichte aus glaubwürdigen Quellen haben wir von sexueller Gewalt in erschreckendem Ausmaß durch die russischen Streitkräfte gegen ukrainische Frauen und Mädchen erfahren. UN Women hat eine unabhängige Untersuchung dieser Vorwürfe gefordert, um Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit zu gewährleisten.

Kanada wird alle Bemühungen unterstützen, diese mutmaßlichen Verbrechen zu untersuchen, zu dokumentieren und strafrechtlich zu verfolgen.

Ferner fordern wir die Russische Föderation, ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, auf, über ihre militärische Befehlskette unverzüglich die Anweisung zu erteilen, Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt einzustellen, und zwar mit konkreten, zeitgebundenen Präventionsmaßnahmen, wie sie in den Resolutionen 2106 und 2467 des Sicherheitsrates über sexuelle Gewalt in Konflikten ausdrücklich dargelegt sind. Russland muss das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte achten, die Vergewaltigung und alle Formen sexueller Gewalt und unmenschlicher Behandlung kategorisch verbieten. Für diese Verbrechen darf es keine Straffreiheit geben.

Während der Krieg weitergeht und russische Gräueltaten aufgedeckt werden, sammelt der Internationale Strafgerichtshof Beweise. Diejenigen, die diese Gräueltaten begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

im Bestreben, die Wahrheit über den Krieg zu unterdrücken, diskreditiert Russland Menschenrechtsorganisationen und verhaftet und inhaftiert jeden, der seine Stimme gegen den Krieg erhebt. Darunter sind Menschenrechtsaktivisten wie Wladimir Kara-Murza, der in diesem Monat nach einem CNN-Interview, in dem er den Krieg Moskaus gegen die Ukraine verurteilte, inhaftiert wurde. Kanada fordert die russischen Behörden auf, ihn unverzüglich freizulassen, sowie alle politischen Gefangenen, die festgehalten werden, weil sie ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben. Kanada ist auch besorgt über Berichte, denen zufolge lokales Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine unrechtmäßig festgehalten wird.

Herr Vorsitzender,

Russland kann sich jederzeit dafür entscheiden, dieses sinnlose Blutvergießen zu beenden und sich auf Dialog und Diplomatie einzulassen – die Optionen dafür liegen auf dem Tisch.

Kanada fordert Russland auf, eine sofortige Waffenruhe umzusetzen und seine Angriffe auf ukrainische Städte und Zivilpersonen vollständig einzustellen. Wir wiederholen unsere Aufforderung an Russland, der rechtsverbindlichen Anordnung des Internationalen Gerichtshofs zur Einstellung seiner militärischen Operationen in der Ukraine unverzüglich nachzukommen. Darüber hinaus fordern wir Russland nachdrücklich auf, seine Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechtsnormen zu erfüllen und seine Streitkräfte und militärische Ausrüstung umgehend aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Kanada steht an der Seite der Ukraine.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke.

Norwegen hat sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung angeschlossen, erlauben Sie mir jedoch, aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Herr Vorsitzender,

wir sind weiterhin entsetzt über die russische Kriegsführung in der Ukraine. Die Brutalität, mit der hier vorgegangen wird, ist ungeheuerlich und scheint noch weiter zuzunehmen.

In zahlreichen glaubwürdigen Berichten heißt es, dass Zivilpersonen angegriffen und verletzt oder getötet werden, und dies sogar, wenn sie sich auf der Flucht befinden. Viele wurden verhaftet, deportiert oder verschleppt, darunter, wie wir gehört haben, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine. Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser werden bombardiert, beschädigt und zerstört.

Russland führt einen bewusst vom Zaun gebrochenen Krieg und hat beschlossen, die größte humanitäre Krise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg herbeizuführen.

Die Berichte aus Mariupol sind besonders besorgniserregend. Die Zivilbevölkerung sitzt seit Wochen in Kellern fest – ohne Nahrung, Wasser, Strom, Medikamente und andere lebensnotwendige Güter. Die russischen Streitkräfte haben Zivilistinnen und Zivilisten getötet und verstümmelt, sie haben wahllos zivile Objekte zerstört. Die in der Stadt verbleibende Bevölkerung hat so gut wie keinen Schutz und keine Überlebenschancen mehr. Eine wunderschöne Hafenstadt wurde in Trümmer gelegt. Ich war in der Vergangenheit mehrmals in Mariupol, und es mir unbegreiflich, dass die Bilder, die wir heute sehen, die Stadt darstellen, die ich besucht habe. Noch schwieriger ist es, sich das Leid und die Traumatisierung der dortigen Bevölkerung vorzustellen.

In den letzten Tagen wurden größere Teile der Ost- und Südukraine zunehmend Ziel russischer Angriffe, auch intensiver Raketenangriffe. Wir erleben eine neue brutale russische Offensive, zum Beispiel auf Orte wie Sjewjerodonezk, Lyssytschansk und Popasna.

Gleichzeitig hat Russland Raketenangriffe auf Städte wie Kyjiw und Lwiw durchgeführt. Seine Strategie ist es offensichtlich, dafür zu sorgen, dass sich niemand in irgendeinem Teil der Ukraine mehr sicher fühlt.

Die von den russischen Streitkräften begangenen Gräueltaten werden dokumentiert und untersucht werden. Diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte verantwortlich sind, egal auf welcher Ebene, müssen vor Gericht gestellt werden.

Der Bericht nach dem Moskauer Mechanismus, den Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli am 13. April vorgestellt haben, ist diesbezüglich von großer Bedeutung und ist Teil der umfassenderen internationalen Bemühungen um Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit.

Herr Vorsitzender,

Russland hat diesen Krieg begonnen, und Russland kann entscheiden, diesen Krieg zu beenden.

Wir fordern die russische Führung nachdrücklich auf, die richtige Entscheidung zu treffen und ihre Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Streitkräfte abzuziehen.

Abschließend möchte ich nochmals Norwegens Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreterin meines Landes noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist mit einer neuen Serie von Angriffen in der ukrainischen Region Donbass in eine zweite Phase getreten, die weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert und den ukrainischen Städten irreparable Schäden zufügt.

Die Lage in Mariupol, das praktisch dem Erdboden gleichgemacht wurde, ist nach wie vor am kritischsten. Seine Einwohnerinnen und Einwohner sind ohne Wasser, Lebensmittel und medizinische Versorgung in der Stadt gefangen und werden unaufhörlich bombardiert und beschossen; Evakuierungen der Zivilbevölkerung werden behindert und der Zugang für humanitäre Hilfe bleibt blockiert. Wie im letzte Woche veröffentlichten Bericht nach dem Moskauer Mechanismus dargelegt, stellt das vorsätzliche Aushungern von Zivilistinnen und Zivilisten als Methode der Kriegsführung ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die vorsätzliche Behinderung von Hilfslieferungen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Bevölkerung von Mariupol humanitäre Hilfe und sichere Korridore zur Verfügung gestellt werden.

Georgien schließt sich dem Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einem humanitären Waffenstillstand während der orthodoxen Osterfeiertage an und hat zur Kenntnis genommen, dass die ukrainische Seite diesem Vorschlag zugestimmt hat.

Herr Vorsitzender,

die humanitäre Lage in der Ukraine verschlechtert sich weiterhin in erschreckendem Ausmaß. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration sind etwa fünf Millionen Menschen in die Nachbarstaaten geflohen und sieben Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden innerhalb des Landes vertrieben. Wenn die russischen Aggressionshandlungen fortgesetzt werden, werden diese Zahlen sogar noch weiter steigen.

Täglich gibt es neue Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen, darunter rechtswidrige Inhaftierungen und Misshandlungen von Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten sowie lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger, gezielte Tötungen, Vergewaltigungen, zwangsweises Verschwindenlassen, Deportationen und andere schwere Verstöße. Niemand ist mehr in der Ukraine sicher, nicht einmal die systemrelevantesten Arbeitskräfte. Es wurde bekannt, dass mindestens zwei Mitarbeiter der humanitären Organisation Caritas Anfang des Monats bei einem russischen Panzerangriff auf die belagerte Stadt Mariupol getötet wurden – ein weiteres tragisches Beispiel dafür, wie die Besatzungstruppen unter dreister Verletzung des humanitären Völkerrechts ihre direkten und unterschiedslosen Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte fortsetzen. Wie im Bericht nach dem Moskauer Mechanismus festgestellt, gibt es glaubwürdige Beweise dafür, dass selbst die grundlegendsten Menschenrechte verletzt wurden.

Wir scheuen keine Mühen, um gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft mittels aller verfügbaren internationalen Rechtsmechanismen sicherzustellen, dass die Urheber dieser Gräueltaten vor Gericht gestellt werden.

Herr Vorsitzender,

wir fordern Russland auf, seine Aggression unverzüglich einzustellen, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs Folge zu leisten und alle seine Streitkräfte und Waffen aus der Ukraine abzuziehen.

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, doch möchte ich einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen. Ich ersuche auch höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Der unprovokierte, ungerechtfertigte und unrechtmäßige Krieg der Russischen Regierung gegen die Ukraine hat eine neue Phase der Zerstörung, der Gräueltaten und des menschlichen Leids erreicht.

In der vergangenen Woche wurde uns von Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli ein Bericht über die Lage in der Ukraine vorgelegt, in dem schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht sowie eindeutige Muster von Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen bestätigt wurden.

Russland – insbesondere seine Führung unter Präsident Putin – muss wissen, dass die internationale Gemeinschaft die Fakten und Umstände betreffend mögliche Fälle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter absichtliche und unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur, belegen wird. Darüber hinaus können und werden die Beweise verwendet werden, um Russland – und ebenso Belarus als Mitaggressor – zur Verantwortung zu ziehen.

Die humanitäre Lage verschlechtert sich zusehends, und es herrscht große Not. Die erschütternden Berichte über Menschenrechtsverletzungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen, außergerichtliche Tötungen, Verhaftungen, Entführungen, zwangsweises Verschwindenlassen und Deportationen erinnern an das letzte Jahrhundert.

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist ein bewusst gewollter Krieg. Die Entscheidung, ihn vom Zaun zu brechen, wurde von Präsident Putin in vollem Bewusstsein getroffen, dass er damit das Völkerrecht und internationale Verpflichtungen verletzen und weitreichende katastrophale Auswirkungen auf die Ukraine und ihre Bevölkerung verursachen würde.

Putin und die russische Administration haben sich auch dafür entschieden, das Leben Tausender junger russischer Männer zu opfern und ihrem eigenen Volk Leid und Schande zuzufügen.

Die weltweiten Auswirkungen des Krieges und der russischen Militäraktion untergraben die Ernährungssicherheit und gefährden sie auch in der Zukunft, da sie die Kosten für Energie, Düngemittel und Grundnahrungsmittel in zahllosen Ländern auf der ganzen Welt in die Höhe treiben, wobei dies die Schwächsten am härtesten trifft. Die Sicherheit von Kernkraftwerken ist gefährdet und damit auch die Sicherheit und Stabilität nicht nur unserer Region, sondern der ganzen Welt.

Wir fordern Russland erneut auf, seine Truppen abzuziehen und diesen unprovokierten Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Retten Sie Leben. Stoppen Sie das Blutvergießen und die Zerstörung. Geben Sie dem diplomatischen Dialog und dem Frieden eine Chance.

Lassen Sie mich schließlich auch unsere tiefe, unerschütterliche und uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine und das ukrainische Volk zum Ausdruck bringen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1370. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1370, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ukrainische bewaffnete Formationen begehen auf direkten Befehl der Führung in Kyjiw und ihrer westlichen Förderer weiterhin in großem Umfang Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Wir betonen erneut, dass die gesamte Verantwortung für die ernste – in manchen Gebieten wie etwa Mykolajiw auch in humanitärer und epidemiologischer Hinsicht besorgniserregende – Situation in den Kriegsgebieten bei den rechtsradikalen ukrainisch-nationalistischen Bataillonen liegt, die die Zivilbevölkerung als „menschliche Schutzschilde“ benutzen. Die ukrainische Führung sabotiert weiterhin das System der offenen humanitären Korridore, die regelmäßig vom russischen Militär bereitgestellt werden. Tagtäglich werden Flüchtlingskonvois von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillone unter schweren Beschuss genommen.

Die Beweise für die von ukrainischen bewaffneten Formationen an der Zivilbevölkerung begangenen Gräueltaten häufen sich. Bei einer Inspektion des Krankenhauses Nr. 4 in Mariupol wurden Hinweise auf Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung gefunden: die Leichen von 26 toten Zivilistinnen und Zivilisten wurden gefunden, die infolge des Beschusses durch das ukrainische Asow-Bataillon gestorben waren. Russische Militärangehörige fanden in einer Schule in Cherson das Hauptquartier der „Territorialverteidigungskräfte“. Diese Bildungseinrichtung für Kinder war von den Kämpfern als Stützpunkt genutzt worden. Die Schule selbst und der Keller waren vollgeräumt mit Kisten voller Munition, Waffen und militärischer Ausrüstung. Am 13. April haben russische Soldaten das Gelände eines Kindergartens in einer Siedlung in der Region Cherson, in der zuvor eine Marineeinheit der ukrainischen Streitkräfte stationiert gewesen war, von Minen geräumt. In den Krankenhäusern von Slowjansk (Volksrepublik Donezk) und Lyssytschansk (Volksrepublik Luhansk) wurden von den ukrainischen Streitkräften und den Nationalisten Feuerstellungen eingerichtet.

Die zynische Provokation in Butscha reicht den ukrainischen Behörden offensichtlich nicht. Es gibt glaubwürdige Informationen, dass weitere monströse Inszenierungen ausgeheckt werden. Das Leben von Zivilpersonen wird dabei für Kyjiw nichts weiter als reine Verhandlungsmasse sein.

Ähnliche Provokationen unter Einbeziehung von Zivilistinnen und Zivilisten wurden in Konotop und Trostjanez in der Region Sumy sowie in Borodjanka und Katjuschanka in der Region Kyjiw vorbereitet. Mit Unterstützung einiger westlicher Länder plant das Kyjiwer Regime auch ausgeklügelte Provokationen mit zahlreichen Opfern am Vorabend des orthodoxen Osterfestes in den Regionen Saporischschja, Mykolajiw, Odessa, Sumy und Charkiw. Zu diesem Zweck wurden für die Osternacht (23./24. April) unter den nationalen Bataillonen mehr als 70 mobile Gruppen von mit Mörsern ausgestatteten Lastwagen und Geländewagen (sogenannte „Wandermörser“) formiert, die orthodoxe Kirchen und Gotteshäuser beschießen sollen.

Es wurde festgestellt, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine eine neue gewaltsame Provokation in der Region Odessa mit massiven Todesopfern unter der Zivilbevölkerung plant, um dann die Angehörigen der russischen Streitkräfte angeblicher Kriegsverbrechen beschuldigen zu können. Geplant ist, dass sich eine der Einheiten des ukrainischen Sicherheitsdienstes verkleidet und in russischen Militäruniformen demonstrativ Einwohnerinnen und Einwohner erschießt. Es ist zu erwarten, dass die Foto- und Videoaufnahmen dieser Aktionen von ukrainischen und westlichen Nachrichtenagenturen im Zuge der nächsten Desinformationskampagnen veröffentlicht werden. Wir haben der OSZE im Vorfeld Warnungen über die bevorstehenden Provokationen übermittelt (SEC.DEL/171/22 und SEC.DEL/175/22 vom 19. April 2022). Wir hoffen, dass Kyjiw gegenüber die notwendigen Signale ausgesendet wurden.

Die ukrainischen Nationalisten beschossen das Dorf Derhatschi in der Oblast Charkiw und filmten die Zerstörung und die „zahlreichen Toten“ für die westlichen Medien, um die zivilen Todesopfer als Folge von Aktionen des russischen Militärs darzustellen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums waren Vertreter westlicher Nachrichtenagenturen an der Aktion beteiligt. Das 72. Zentrum für Information und psychologische Operationen der ukrainischen Armee war dabei federführend, und die an der Inszenierung teilnehmenden Zivilistinnen und Zivilisten erhielten jeweils 25 USD.

Ferner plant das ukrainische Militär Provokationen in Analogie zum jüngsten Angriff auf Kramatorsk. Dabei wird ein Szenario vorbereitet, bei dem ein Angriff mit einer Totschka-U-Rakete auf eine Gruppe von Flüchtlingen am Bahnhof von Losowa erfolgen soll. Am Morgen des 15. April wurde ein ukrainischer Angriff auf das Wasserkraftwerk Kachowka abgewehrt. Eine Division der 19. unabhängigen Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte verübte den Angriff mit zwei Totschka-U-Raketen, die abgeschossen wurden. Eine Beschädigung des Kraftwerks hätte dazu führen können, dass das Wasser des Dnjepr unkontrolliert abfließt und Siedlungen in der Region Cherson überschwemmt. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Am Abend des 20. April explodierte über der Stadt Schachtarsk eine ukrainische Rakete, die gleiche Totschka-U, wobei Submunition herausgeschleudert wurde. Dabei wurde ein sechsjähriges Mädchen getötet und fünf Personen verletzt, darunter ein zwölfjähriges Kind.

Diese Art von Provokationen, die von den ukrainischen Behörden bereits begangen wurden oder geplant werden, zeugen von ihrer unmenschlichen Einstellung gegenüber dem Schicksal der ukrainischen Zivilbevölkerung und einer völligen Missachtung aller ethischen Standards und Normen des humanitären Völkerrechts. Wir weisen bereits jetzt darauf hin, dass die Russische Föderation über umfangreiches Beweismaterial für weitere, vom Kyjiwer Regime geplante Verbrechen verfügt.

Die ukrainischen Behörden scheinen aber auch gegenüber ihren eigenen bewaffneten Verbänden nicht „besonders einfühlend“ zu sein. Laut Präsident Selenskyj „wird sich Kyjiw weigern, mit Russland zu verhandeln, sollten die in der Industriezone von Mariupol verbliebenen ukrainischen Soldaten vernichtet werden“. Die ukrainische Führung hat allerdings nichts getan, um sie zu retten. Die russischen Streitkräfte haben immer wieder, in den letzten Tagen praktisch täglich, einen humanitären Korridor für die Evakuierung aus dem Stahlwerk Asowstal in Mariupol geöffnet und Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, Kämpfer aus den nationalistischen Bataillonen und ausländische Söldner aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und sich freiwillig zu ergeben. Leider müssen wir feststellen, dass diese humanitäre Aktion von den Kyjiwer Behörden auf zynische Weise vereitelt wurde und niemand diesen Korridor genutzt hat. Die Befehlshaber der nationalistischen Bataillone haben sich auch geweigert, die Möglichkeit zu nutzen, um sich selbst und das Leben ihrer Untergebenen zu retten. Die Kyjiwer Behörden legen ein unmenschliches Verhalten gegenüber den Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte an den Tag und weigern sich, ihnen den einzig richtigen Befehl zu erteilen, nämlich den sinnlosen Widerstand einzustellen und ihre Waffen niederzulegen.

Was die Videobotschaft des nationalistischen Asow-Bataillons an die internationale Gemeinschaft betrifft, in der um „grüne Korridore“ gebeten wird, so war sie an die falsche Adresse gerichtet. Die russischen Streitkräfte haben alles in ihrer Macht Stehende getan, um das Leben dieser Menschen zu retten. Die Botschaft wäre besser direkt an die ukrainische Führung ergangen, die sie längst verraten hatte. Darüber hinaus garantiert Russland das Leben, die Sicherheit und die medizinische Versorgung all derer, die ihre Waffen freiwillig niedergelegt haben. Am 21. April bestätigte der russische Präsident ausdrücklich, dass Mariupol vollständig befreit wurde und dass die russische Armee im Hinblick auf die im Stahlwerk Asowstal verbliebenen Nationalisten das Werk nur abriegeln würde, um unnötige Opfer zu vermeiden.

Währenddessen ist der Westen damit beschäftigt, die militärische Konfrontation in der Ukraine auf konstant hohem Niveau aufrechtzuerhalten, um den immer stärkeren Druck auf Russland rechtfertigen zu können. Zu diesem Zweck werden die Waffenlieferungen an Kyjiw intensiviert. Dabei geht es nicht mehr nur um Gewehre und Munition, sondern um schwere Waffen, die nun für den Transport vorbereitet werden.

Am 13. April gab der Pressesprecher des Pentagon, John Kirby, Einzelheiten zu einem weiteren Militärpaket in Höhe von 800 Millionen US-Dollar für die Ukraine bekannt, das erstmals auch gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie umfasst. Konkret soll die Ukraine 200 gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom Typ M113, 18 155-mm-Haubitzen mit 40 000 Geschossen, 11 Hubschrauber des Typs Mi-17 aus russischer oder sowjetischer Produktion, 100 gepanzerte Geländefahrzeuge, 500 Javelin-Raketen und „Tausende“ andere Panzerabwehrsysteme erhalten. Bei einem Treffen des Verteidigungsministeriums der USA mit führenden US-amerikanischen Waffenherstellern wurde erörtert, inwieweit die Industrie in der Lage wäre, die Ukraine mit Waffen zu versorgen, „selbst wenn die russische Militäroperation volle zwei Jahre dauern sollte“. Insgesamt beläuft sich die Militärhilfe seit dem 24. Februar bereits auf rund 2,6 Milliarden USD.

Auch andere NATO-Staaten, die in die Fußstapfen ihres „Gebietes“ treten, gießen in diesem Krieg zunehmend Öl ins Feuer. Und sie sind dabei offensichtlich alles andere als

zurückhaltend. Die Tschechische Republik hat als erstes Land offen schwere Waffen an die Ukraine geliefert. Am 1. April genehmigte die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht die Lieferung durch die Tschechische Republik von 58 BMP-1 aus der ehemaligen Armee der Deutschen Demokratischen Republik, die sich nun im Besitz des tschechischen Privatunternehmens *Czechoslovak Group* befinden, an die Ukraine. Polen hat die Lieferung schwerer gepanzerter Fahrzeuge an die Ukraine zwar nicht offiziell gemeldet, aber am 12. April war in der Tageszeitung *Visegrad 24* über das Verschwinden von etwa 100 T-72M1-Panzern aus einem Lager in Lublin zu lesen. Am 10. April erklärte der slowakische Verteidigungsminister Jaroslav Nad', dass eine Lieferung von 155-mm-Panzerhaubitzen vom Typ Zuzana-2 oder Zuzana-2000 nach Kyjiw erörtert werde. Am 8. April teilte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace mit, das Vereinigte Königreich werde im Rahmen eines neuen, vom Premierminister angekündigten Militärhilfepakets im Wert von 100 Mio. Pfund gepanzerte Patrouillenfahrzeuge des Typs Mastiff in die Ukraine schicken. Nach Angaben von Reuters hat Norwegen der Ukraine 100 Mistral-Flugabwehrraketensysteme geliefert.

Seit dem Beginn der militärischen Spezialoperation Russlands in der Ukraine hat die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität insgesamt 1,5 Mrd. EUR für den Kauf von Waffen und Ausrüstung für die ukrainische Regierung bewilligt. Gleichzeitig erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in einem Interview mit der Zeitung *Bild* am 17. April ausdrücklich, sie mache keinen Unterschied zwischen schweren und leichten Waffen. Als ehemaliger Verteidigungsministerin kann ihr die Zerstörungskraft schwerer Waffen allerdings nicht verborgen geblieben sein.

Die westlichen Länder schüren weiterhin die Konfrontation in der Ukraine, nicht nur durch Waffenlieferungen, sondern auch über die direkte militärische Ausbildung, die die ukrainischen bewaffneten Formationen von ihren Ausbilderinnen und Ausbildern erhalten. An den Kampfhandlungen sind ausländische Söldner direkt beteiligt. Nach Angaben der Zeitung *Times* sind britische Spezialeinheiten in die Ukraine zurückgekehrt und haben die Ausbildung ukrainischer Truppen in und um Kyjiw wiederaufgenommen. Unter den Gefangenen in der Ukraine sollen sich auch NATO-Soldaten befinden. Die russische Untersuchungskommission erklärte, sie ermittle in der Frage der Präsenz von Angehörigen der französischen Fremdenlegion in den Reihen der ukrainischen Truppen. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bestätigte indirekt die Beteiligung polnischer Söldner in der Ukraine, indem er erklärte, dass „ukrainische Soldaten polnischer Herkunft, die bei den Kämpfen in der Ukraine verwundet wurden, derzeit in (polnischen) Krankenhäusern behandelt werden“. Und die beiden gefangenen britischen Söldner Aiden Aslin und Sean Pinner haben an die britische Regierung appelliert, sie nach Hause zu bringen.

Berichte über die zwielichtigen Umstände der Verwicklung von Personalangehörigen und Vermögenswerten der ehemaligen OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) in die militärische Konfrontation geben Anlass zu großer Sorge. Ich erinnere daran, dass Ende Februar acht Dienstfahrzeuge der SMM mit dem OSZE-Emblem von Asow-Kämpfern beschlagnahmt wurden. Eines der Fahrzeuge war eindeutig an Kampfhandlungen beteiligt gewesen. Es wurde 5 km vom Büro der Mission entfernt in der Nähe des Kirowski-Marktes in Mariupol gefunden und wies Kampfspuren auf. Die Fahrzeuge wurden der OSZE nie zurückgegeben. Warum schweigen das Sekretariat und der amtierende Vorsitz weiterhin zu diesem Thema?

Darüber hinaus sind wir äußerst besorgt über Informationen, eine Reihe von SMM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern sei möglicherweise in Spionageaktivitäten für die Ukraine verwickelt gewesen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Ermittlungsbehörden der Volksrepubliken Donezk und Luhansk eine diesbezügliche Untersuchung eingeleitet haben. Auch die russische Ermittlungskommission wird entsprechende Überprüfungen durchführen. Sollten sich die Fakten bestätigen, würde dies einen eklatanten Verstoß gegen das Mandat der Mission darstellen. Die Glaubwürdigkeit der gesamten OSZE würde dadurch schwer beschädigt werden.

Herr Vorsitzender,

das russische Militär erhält immer mehr Informationen über die gefährlichen Aktivitäten von Biolabors in der Ukraine, die direkt dem Pentagon unterstehen. Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass gegen das Übereinkommen über biologische Waffen verstoßen wurde. Es sind Informationen über das Projekt 3007 „Überwachung der epidemiologischen und ökologischen Situation in Bezug auf gefährliche Wasserkrankheiten in der Ukraine“ ans Licht gekommen, wonach große ukrainische Flüsse auf besonders gefährliche Krankheitserreger, darunter Cholera-, Typhus-, Hepatitis-A- und -E-Erreger, untersucht und Rückschlüsse auf ihre mögliche Verbreitung über das Wasser gezogen wurden und US-Wissenschaftler aus einem Labor in Merefä (Region Charkiw) von 2019 bis 2021 potenziell gefährliche Biologika an Patienten der regionalen psychiatrischen Klinik Nr. 3 in Charkiw getestet hätten.

Am 9. März wurden in der Region Cherson drei Drohnen mit Behältnissen für 30 Liter Flüssigkeit und Ausrüstung zum Versprühen von Chemikalien gefunden. Im Januar dieses Jahres kaufte die Ukraine Berichten zufolge über Zwischenhändler mehr als 50 solcher Geräte, die zum Versprühen biologischer Präparate und giftiger Chemikalien eingesetzt werden können.

Es ist bereits allgemein bekannt, dass das Wissenschafts- und Technologiezentrum in der Ukraine (UWTZ) Gelder für Forschungsarbeiten vergeben hat, für die sich das Pentagon interessiert. In den letzten Jahren hat Washington über 350 Mio. Dollar für seine Projekte ausgegeben. Die US-amerikanischen Aufsichtsinstitutionen waren in erster Linie an Forschungsvorhaben mit doppeltem Verwendungszweck interessiert, wie z. B. am Projekt 6166, „Entwicklung von Technologien zur Modellierung, Bewertung und Vorhersage der Auswirkungen von Konflikten und Bedrohungen durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“ oder am Projekt 9601, „Transfer ukrainischer Technologien für die Herstellung komplexer Materialien mit doppeltem Verwendungszweck in die Europäische Union“. Viele von ihnen dienen der Erforschung potenzieller biologischer Waffen (Pest, Tularämie) und von Krankheitserregern mit wirtschaftlicher Bedeutung (der hochansteckenden Vogelgrippe, der afrikanischen Schweinepest).

Wir weisen darauf hin, dass die Ergebnisse der vom UWTZ durchgeführten Arbeiten dazu genutzt werden könnten, nicht nur in der Russischen Föderation, sondern auch am Schwarzen Meer und am Asowschen Meer sowie in osteuropäischen Ländern wie Belarus, Moldau und Polen ungünstige biologische Bedingungen zu schaffen.

Herr Vorsitzender,

die vielen von uns nachgewiesenen Fakten stellen nur die „Spitze des Eisbergs“ der ungeheuerlichen Fülle an Verbrechen, die das Regime in Kyjiw begangen hat, sowie an den Sicherheitsbedrohungen dar, die es für die Bevölkerung sowohl der Ukraine selbst als auch der Nachbarländer verursacht hat. Die militärische Spezialoperation Russlands zielt genau darauf ab, die Zivilbevölkerung vor solchen Bedrohungen zu schützen und diese abzuwehren. Die Mission wird vollständig erfüllt werden.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.